

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 30 (1954-1955)
Heft: 1

Artikel: Blick auf die Schweiz
Autor: Dürrenmatt, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1071200>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

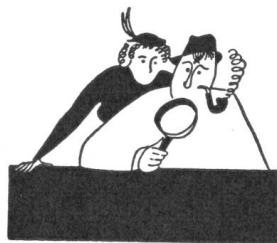
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Peter Dürrenmatt

DIE DAUERHAFTIGKEIT DES PROVISORIUMS

Das französische Sprichwort «C'est le provisoire qui dure», «Das Provisorische hat Dauer», wird in politischen Auseinandersetzungen oft zitiert. Man ist geradezu versucht zu sagen, es seien besonders die politisch denkenden Völker, die am häufigsten nach dieser Maxime zu handeln pflegen. Dort, wo man Politik als die ewige Aufeinanderfolge von Kompromissen versteht, mit dem Zweck, das jeweils Notwendige zu tun, erfährt man leicht die Wahrheit jenes französischen Sprichwortes. Das ganze britische Weltreich ist in gewisser Hinsicht ein lebendiges Zeugnis für die Unverwüstlichkeit des Provisorischen.

Um aber bei einem näherliegenden Beispiel zu bleiben: Was wäre schon die Eidgenossenschaft ohne die Dauer der Provisorien! Nicht einmal über die nötigen Finanzen würde sie verfügen! Seit zwanzig Jahren versucht man es mit einer grundsätzlichen «Neuordnung der Bundesfinanzen». Das einzige, was man erreichte, war eine nicht abreißende Kette von Übergangslösungen des Bundesfinanzwesens. Am nächsten 23./24. Oktober sind nun die Stimmberechtigten wieder eingeladen, sich zu einer derartigen Übergangslösung zu äußern. Der Sachverhalt ist einfach: Die bestehende Übergangslösung ist 1950 vom Volke für die Dauer von vier Jahren angenommen worden; jetzt soll sie um weitere vier Jahre verlängert werden. Zwischen 1950 und 1954 versuchte man sich abermals mit einer grundsätzlichen Neuordnung. Sie ist am 6. Dezember des letzten Jahres von Volk und Ständen verworfen worden. So schlagen Bundesversammlung und Bundesrat nun den Stimmberechtigten vor, die bestehende Ordnung bis zum Jahre 1958 zu verlängern. In der Zwischenzeit wird man unverdrossen daran gehen, die endgültige Ordnung zu suchen und zu finden.

Die unveränderte Verlängerung der bestehenden Übergangsordnung um weitere vier Jahre ist aus einer Art politischem Stillhalteabkommen zwischen den Parteien hervorgegangen. Das Abkommen wurde zwar nicht aufgeschrieben, aber es existierte trotzdem. Man willigte in der Bundesversammlung zur Rechten wie zur Linken ein, die Verlängerung nicht zu bekämpfen, für den Fall, daß an dem, was vorliegt, nichts verändert wurde. An der kommenden grundsätzlichen Auseinandersetzung über das ersehnte Definitivum wird diese stillschweigende Zustimmung nichts ändern.

Es ist schwer zu sagen, welches die Aussichten dieser Vorlage vor dem Volke sein werden. Offiziell werden sich alle Parteien, mit selbstverständlicher Ausnahme der Kommunisten, und alle Verbände für das Ja einsetzen. Bei nüchternem staatspolitischem Überlegen muß man auch zum Entscheid kommen, ja zu stimmen. Gewiß, die Abschlüsse der Bundesrechnung in den letzten Jahren sind nicht schlecht, und sie haben es möglich gemacht, daß die außerordentlichen Wehrausgaben aus der laufenden Rechnung bezahlt werden konnten, nachdem das Volk seinerzeit eine besondere Finanzierungsvorlage für diese Ausgaben verworfen hatte. Würde das Volk am 23./24. Oktober nein sagen, so ergäbe sich beim Bund ein derartiger kreditschädigender Einnahmenausfall, daß fürs erste eine notrechtliche Lösung gesucht werden müßte, um zu überbrücken. Innerhalb eines Jahres müßten die Behörden dann daran gehen, entweder die Bundesaussgaben massiv einzuschränken oder irgendwelche andern als die bisherigen Einnahmenquellen zu finden. Was in zwanzig Jahren nicht gelang, müßte in einem gelingen! Wir vermögen nicht zu glauben, daß eine Mehrheit unseres Volkes einen solchen Zustand begrüßen würde.